

BVV tagt online - mit Themen wie Radverkehr, Wochenmarkt, Obdachlosigkeit und Ku'damm-Raser. Zum zweiten Mal während der Coronakrise treffen sich die Charlottenburg-Wilmersdorfer Bezirksverordneten nicht mehr im Rathaus, in einer Schulaula oder einer Sporthalle, sondern nutzen das Videokonferenzprogramm „Zoom“. Die öffentliche Online-Sitzung beginnt am Donnerstag, 28. Januar, um 17 Uhr. Interessierte Bürger können sich per E-Mail an bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de als Teilnehmer anmelden. Die Tagesordnung [finden Sie hier](#).

Gegen die Schließung des Wochenmarkts an der Suarezstraße [wenden sich die Grünen](#). Sie wollen „gemeinsam mit dem Bezirksamt Lösungen erarbeiten“. Denn sonst müssten Anwohner andere Märkte aufsuchen, um die gleichen Waren zu erhalten. „Das entspricht nicht dem Ziel der Stadt der kurzen Wege.“ Außerdem widersprechen die Grünen einem der Argumente von Ordnungs- und Wirtschaftsstadtrat **Arne Herz** (CDU), wonach es einen zu hohen Aufwand mit sich bringt, falsch geparkte Autos von der Marktfläche zu entfernen. So etwas „darf nicht dazu beitragen, dass ein Markt eingestellt wird“.

Außerhalb der BVV verlangte soeben auch die Berliner SPD-Abgeordnete **Ülker Radziwill** aus Charlottenburg die Erhaltung des Standorts Suarezstraße „mindestens für die Dauer der Pandemie“. Einkaufen im Freien sei „aus gesundheitspolitischer Perspektive wertvoll“. Wir haben in der vorigen Woche ausführlich [über den Streit um den Markt berichtet](#), auf dem nur noch zwei Stände stehen. Nach dem Willen des Bezirksamts sollen die Händler am 28. Januar letztmalig verkaufen.

Einen Radweg in der Hagen- und Fontanestraße fordert die SPD-Fraktion. Dafür soll sich das Bezirksamt bei der Senatsverwaltung und der landeseigenen Planungsgesellschaft Infravelo einsetzen. Der Straßenzug sei für Radfahrer eine wichtige Verbindung zwischen dem Roseneck und dem S-Bahnhof Grunewald, doch komme es “ immer wieder zu gefährlichen Überholmanövern“ von Autofahrern, heißt es [in dem Antrag](#).

Den Radverkehr thematisiert auch die FDP-Fraktion, allerdings mit einem [ganz anderen Antrag](#), in dem es um die Krumme Straße geht. Das Bezirksamt will deren Abschnitt zwischen der Bismarck- und der Kantstraße, wo auch der Wochenmarkt am Karl-August-Platz stattfindet, im Frühjahr probeweise für Autos sperren. Nach Ansicht der FDP sollte dabei auch Radverkehr unterbunden werden. Um zu klären, wie Anwohner und Gewerbetreibende die Straße stärker nutzen, „müssen Konflikte von vornherein vermieden werden“. Außerdem sei der Straßenbelag aus Pflastersteinen „nicht geeignet“ für Radler.

Dem historischen Wilmersdorfer Ortskern um die Wilhelmsaue widmet die CDU-Fraktion gleich drei Anträge. Wie uns der wirtschaftspolitische Sprecher **Simon Hertel** sagte, haben er und der CDU-Abgeordnetenhauskandidat **Peer Mock-Stümer** sich mit der Bürgerinitiative Kiez-Wilmersdorf getroffen. Daraus resultiert zum einen die [Bitte ans Bezirksamt](#), die „unerlaubten Trampelwege“ beiderseits der Grünanlage nahe der Auenkirche abzusperren und dann Rasen zu säen. Außerdem [fordert die CDU](#), mehrere Parkbänke zu erneuern, die sich in „katastrophalem Zustand“ befänden. [Drittens](#) müsse das „Gestrüpp“ vor dem Unternehmerinnen-Centrum City West (UCW) an der Sigmaringer Straße „endlich weg“ und durch Rasen ersetzt werden. Die Bürgerinitiative biete an, Blumen zu pflanzen und zu pflegen.

Wie viele Obdachlose gibt es in der City West, wie hat sich ihre Zahl entwickelt, und wie viele Übernachtungsplätze stehen in der Kältehilfe zur Verfügung? Das will die Grünen-Fraktion mit [einer Großen Anfrage](#) erfahren. In der Antwort soll das Bezirksamt auch erklären, ob es nach dem Vorbild von Finnland ein „Housing-First-Projekt“ anstrebt, um Wohnungslose von der Straße zu holen. Dieses Modell schlagen die Grünen zusätzlich [in einem Antrag](#) vor.

„Ruhestörung, Vermüllung und Kriminalität“ im Lietzenseepark prangert die AfD-Fraktion an und [fragt das Bezirksamt](#), was es dagegen tut. Wie wir [im November berichtet hatten](#), beklagen auch Anwohner einen „Anstieg der nächtlichen Nutzung des Lietzenseeparks, vor allem durch Jugendliche und junge Erwachsene“. Dazu fanden bereits Treffen mit Vertretern von Ämtern, der Polizei und anderer Institutionen statt.

Der Hilfseinsatz von Bundeswehrsoldaten im Gesundheitsamt während der Coronakrise ist den Linken ein Dorn im Auge. [Ihr Antrag](#) scheiterte aber schon in zwei Ausschüssen. Die BVV-Fraktionen haben zum Thema auch Stellungnahmen [auf der Webseite des Bezirks](#) veröffentlicht.

Der Kampf gegen Raser auf dem Kurfürstendamm muss nach Meinung aller Bezirkspolitiker verstärkt werden. Dafür werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Beispielsweise fordern die SPD, die Grünen und die Linken stationäre Blitzanlagen auf dem Boulevard. Ihr [gemeinsamer Antrag](#) wurde bereits im BVV-Verkehrsausschuss angenommen. Allerdings entscheidet nicht das Bezirksamt über Blitzerstandorte. Es kann sich nur beim Berliner Senat und bei der Polizei für die stationären Tempomessgeräte einsetzen.